



Antrag

der Fraktionen von SPD und FDP

Zukunft der Bäderbahn jetzt absichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Zusicherung abzugeben, dass auf der Bestandstrasse der Bäderbahn im Kreis Ostholstein auch nach Fertigstellung der Hinterlandanbindung Regionalverkehre durch das Land bestellt werden. Dadurch wird insbesondere die Erreichbarkeit der Gemeinde Timmendorfer Strand sichergestellt.

Die Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, gegenüber der Deutschen Bahn eine Änderung der Planung zur Verknüpfung von Bestands- und Neubautrasse einzufordern. Diese soll sicherstellen, dass auch bei einer Weiternutzung der Bäderbahntrasse der geplante neue Bahnhof in der Gemeinde Ratekau realisiert und ein Doppelbahnhof im Ortsteil Haffkrug der Gemeinde Scharbeutz vermieden wird.

Die Landesregierung wird drittens aufgefordert, eine Elektrifizierung der Bestandstrasse ernsthaft zu prüfen und dem Landtag bis zum ersten Quartal 2027 eine Kostenschätzung sowie einen Zeitplan hierfür vorzulegen.

Begründung:

Die Bäderbahn weist seit 2010 eine Fahrgastzunahme von 85 Prozent auf. Sie ist für viele Pendlerinnen und Pendler, aber auch für den Tourismus an der Lübecker Bucht eine unverzichtbare Verbindung. Eine wichtige Rolle sollte sie zudem als leistungsstarker Arm einer künftigen Regio-S-Bahn Lübeck einnehmen.

Seit dem vergangenen Jahr ist vorgesehen, die Strecke trotz des Neubaus der Hinterlandanbindung vollständig zu erhalten und an die Aus- und Neubautrasse anzuschließen. Dennoch hatte die Landesregierung bislang die Bestellung von Nahverkehr auf der Bestandstrasse ausgeschlossen.

Der Landtag hat nun zur Kenntnis genommen, dass nach Einschätzung der Landesregierung aufgrund von Bedenken der DB InfraGO AG und des Eisenbahn-Bundesamtes Risiken für die Umsetzung der bisherigen Planungen bestehen und ein Weiterbetrieb der Bäderbahn nach Fertigstellung der Hinterlandanbindung für die Feste Fehmarnbeltquerung daher nicht länger ausgeschlossen werden kann. Der Landtag hat ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung hierzu weitere Gespräche führt und die Elektrifizierung der Bestandstrasse als Option angeführt hat. Eine Kostenschätzung oder ein Zeitplan für die Prüfung dieser Option liegen nach Auskunft der Landesregierung bislang jedoch nicht vor. Auch im neuen Landesweiten Nahverkehrsplan, der nach den jüngsten Entwicklungen veröffentlicht wurde, finden sich weder die Neubewertung der Landesregierung noch Planungen für eine Elektrifizierung wieder.

Aus Sicht des Landtages verdienen die betroffenen Gemeinden und die Menschen in der Region Planungssicherheit hinsichtlich der künftigen Anbindung. Dies ist nicht nur für persönliche Lebensplanungen, sondern insbesondere auch für Investitionsvorhaben von entscheidender Bedeutung. Daher braucht es eine Zusicherung der Landesregierung für die künftige Bestellung von Nahverkehr auf der Bestandstrasse, eine Neuplanung der Verknüpfung von Bestands- und Neubautrasse sowie zugleich eine ernsthafte Prüfung der Elektrifizierungsoption für die Bäderbahn.

Niclas Dürbrook
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion